

bis Kuwait in dieser Angelegenheit Entgegenkommen zeigt. Eine Verbesserung der Beziehungen der Länder in der gesamten Nah- und Mittelostregion zu Israel, die gerade stattfindet und für die sich die Bundesregierung einsetzt, könnte zu Verbesserungen beitragen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

213. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung zum Schutz gefährdeter Vogelarten, die in Deutschland geschützt sind und in ihren Durchzugs- oder Überwinterungsgebieten innerhalb der Europäischen Union bejagt werden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vom 14. Oktober 2020

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hatte sich bereits im Jahr 2013 an die Europäische Kommission gewandt und darauf hingewiesen, dass gefährdete Vogelarten, die in Deutschland geschützt sind und ihr Durchzugs- oder Überwinterungsgebiet in der EU haben, außerhalb Deutschlands trotz ungünstigen Erhaltungszustands bejagt werden. Genannt wurden insbesondere die Uferschnepfe, die Bekassine, der Große Brachvogel, der Kiebitz, der Kampfläufer, der Goldregenpfeifer, die Turteltaube und die Feldlerche.

Auf diese Initiative Deutschlands hat die Kommission für besonders betroffene Arten sukzessive Arten-Aktionspläne geschaffen bzw. deren Schaffung gefordert. Deutschland wirkt hier innerhalb der EU mit (z. B. gegenwärtig hinsichtlich der Turteltaube) und engagiert sich innerhalb des Afrikanisch-Eurasischen Wasservogelabkommens (AEWA) der Vereinten Nationen (z. B. hinsichtlich betroffener Limikolen-Arten).

Flankierend hat Deutschland bei der Bonner Konvention zum Schutz wandernder Tierarten (UNEP-CMS) die Schaffung einer permanenten Arbeitsgruppe gefordert, die sich Fragen illegaler Bejagung widmet (vgl. www.cms.int/en/taskforce/mikt), und sich zuvor bereits in der Berner Konvention für das Thema eingesetzt.

214. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo genau ist die im Handelsblatt (28. September 2020, S. 10, „Schulze fordert mehr grüne Investitionen“) genannte, von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) in Auftrag gegebene Befragung von europäischen Unternehmen auffindbar, und wie soll nach Ansicht der Bundesregierung den dort formulierten Handlungsbedarfen begegnet werden?